

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: 70 Jahre Volksaufstand DDR am 17. Juni 1953 – ein würdiges Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie – Wiederbelebung des Gedenktages und Aufarbeitung der Stasi-Verbrechen – Hilfe und Gedenken für die Opfer

Der kommende 17. Juni ist der 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR. Die Verbrechen der SED-Diktatur der früheren DDR dürfen nicht vergessen werden und bedürfen einer kritischen Aufarbeitung. In diesem Zuge muss die Erinnerungskultur erweitert und dieser Gedenktag verstärkt in den Blickpunkt gerückt werden.

Von den Erhöhungen der Arbeitsnormen, Stromrationierungen, Lebensmittelknappheit und der Einheitspartei SED gebeutelt, gingen an diesem Datum Berliner Bauarbeiter auf die Straße, um für die Einheit Deutschlands, Freiheit vom sozialistischen Joch und bessere Lebensbedingungen zu demonstrieren. Viele schlossen sich an, der Aufstand griff schnell auf die gesamte DDR über.

Die DDR-Oberen ließen den Aufstand zusammen mit sowjetischen Truppen brutal niederschlagen; 55 Menschen kamen beim Aufstand oder aufgrund nachfolgender Todesurteile ums Leben.

Über vier Jahrzehnte hat das DDR-Regime den Familien die Kinder entzogen, wenn die Eltern politisch ungehorsam waren. Ungeachtet des Grundlagenvertrages konnten „Republikflüchtlinge“ grundsätzlich nur Kinder in die Bundesrepublik nachholen, die die DDR als Belastung einschätzte, wie Behinderte, chronisch Kranke, Hilfsschüler oder Schwerverziehbare.¹

Die Staatssicherheit griff tief in die Geschichte der Bundesrepublik ein. Unter anderem bot die DDR den RAF-Terroristen Unterschlupf.

Mit dem Mauerbau 1961 verschlechterte sich die Lage für die freiheitsliebenden Mitteldeutschen erneut. Mindestens 140 Menschen wurden an der innerdeutschen Grenze erschossen.²

Während der 40 Jahre des Bestehens der DDR wurden gemäß Schätzungen des Bundesjustizministeriums der Bundesrepublik Deutschland etwa 180.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert, obwohl es offiziell in der DDR keine „politischen Inhaftierungen“ gab. Der damalige Minister für Justiz, Max Fechner, hatte 1951 in einer Rundverfügung untersagt, im Strafvollzug von politischer Inhaftierung zu reden. Die meisten politischen Inhaftierungen und Verurteilungen wurden mit gesetzlichen Paragrafen wie „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“, „Landesverräterische Hetze“, „Ungezüglicher Grenzübertritt“ oder „Öffentliche Herabwürdigung“ begründet.

¹ Preußische Allgemeine Zeitung Nummer 6, 10 Februar 2023, Seite 11 und „Kindesentzug: zerstörte Familien in der DDR“ von Dr. Heidrun Budde.

² <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/themen/todesopfer-berliner-mauer#:~:text=Foto%3A%20Gesamtsimons-,Mindestens%20140%20Menschen%20wurden%20zwischen%201961%20und%201989%20an%20der,dem%20DDR%20Grenzregime%20ums%20Leben.&text=Dar%3BCber%20hinaus%20verstarben%20mindestens%20251,nach%20Kontrollen%20an%20Berliner%20Grenz%3BCberg%3CA4ngen.>

Tatsächlich standen hinter diesen Paragrafen aber häufig „Vergehen“, wie das Stellen eines Ausreiseantrags nach Westdeutschland, Kritik an den Arbeitsbedingungen, Teilnahme an Streiks oder Protesten oder das Erzählen von politischen Witzen (Thüringer Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, 2009).³

Im Falle einer politischen Inhaftierung war die Untersuchungshaft vollständig dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt („Stasi-Haft“) und dauerte im Durchschnitt drei bis vier Monate, zum Teil aber auch länger (Fricke, 1994). Die Mehrzahl der Untersuchungshäftlinge war in einer der insgesamt 17 Stasi-Untersuchungshaftanstalten (zum Beispiel Berlin-Hohenschönhausen) untergebracht. Nach der Verurteilung wurden die politisch Inhaftierten in den normalen Regelvollzug überstellt, in welchem die Bewachung durch Mitarbeiter des Strafvollzugsdienstes der Volkspolizei erfolgte, und der im Gegensatz zur Untersuchungshaft dem Ministerium des Innern untergeordnet war. Politische Häftlinge wurden hier zusammen mit kriminellen Häftlingen interniert, waren jedoch in der Realität schlechter gestellt als diese. So hatten beispielsweise bei der obligatorischen Arbeit in den Haftanstalten häufig kriminelle Inhaftierte die Aufsicht inne und drangsalierten mit dem Wissen der Aufseher die politischen Häftlinge.⁴

Viele der Betroffenen leben heute noch und warten immer noch auf ausreichend Unterstützung und Wiedergutmachung. Die Schatten der Auswirkungen politischer Repressionen der DDR sind lang. Über drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR sind die Ausmaße politischer Verfolgung zwischen 1945 und 1989 noch immer unzureichend erforscht, wie Prof. Stefan Röpke von der Berliner Charité kürzlich feststellte.⁵

Als Reaktion auf die brutale Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 hatte die Bundesrepublik Deutschland zwar schon wenige Wochen nach dem Vorfall den Tag zum Feiertag erklärt, jedoch wurde dieser Tag mit dem Einigungsvertrag 1990 zum reinen Gedenktag herabgestuft und geriet de facto in Vergessenheit.

Heute ist, wie selbst die Bundesregierung zugeben muss, nicht mehr viel vom Gedenken an den 17. Juni 1953 übrig, der Tag drohe „in Vergessenheit zu geraten“. ⁶ Und die Anstrengungen in Hamburg halten sich ebenfalls ins Grenzen. Beispielhaft wäre hier die Brücke des 17. Juni zu nennen, die die Elbinsel Wilhelmsburg mit Harburg verbindet und ihren Namen in den Sechzigerjahren erhielt.⁷

Darüber hinaus gab es lediglich eine Ausstellung im Harburger Bezirksamt, bei der im Begleittext der Stadt Lehrer und Schulklassen von Harburger Schulen explizit zum Besuch aufgefordert werden, um „dem Vergessen vorzubeugen“. ⁸ Diese spärlichen und nicht miteinander verknüpften Akte werden dem Datum und seiner Bedeutung für ein vereinigt, demokratisches und souveränes Deutschland nicht gerecht.

Weitgehend unbemerkt wurde zum 17. Juni 2021 die Institution des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen aufgelöst und die Akten-Bestände in das Bundesarchiv überführt.

Es geschah Unrecht in der DDR im Namen des real existierenden Sozialismus. Die Mauertoten, der zynische Handel der DDR mit ihren Bürgern zeigt, dass es kein Vergessen geben darf. Alle betroffenen Opfer haben Anspruch auf Erinnerung, Hilfe und Anerkennung. In den meisten Fällen ist der Allgemeinheit ihr Schicksal gar nicht bekannt. Hinzu kommt, dass die SED und ihre Nachfolgeorganisationen noch nicht

³ https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/Stasi-Unterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf.

⁴ https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/Stasi-Unterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf.

⁵ <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/stasi/forschung-politische-verfolgung-trauma-psyche-folgen-genetik-vererbung-100.html>.

⁶ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/volksaufstand-in-der-ddr-363572>.

⁷ <https://www.brueckenweb.de/2content/datenbank/bruecken/3brueckenblatt.php?bas=54>.

⁸ <https://www.hamburg.de/harburg/pressemitteilungen/16241574/ausstellung-ddr-volksaufstand-1953-harburger-rathaus>.

einmal belangt wurden für ihre Verbrechen. Der Gedenktag ist daher verstärkt in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für den Volksaufstand des 17. Juni 1953 einen würdigen Rahmen des Gedenkens zu schaffen mit einer Einrichtung einer dauerhaften Gedenkstätte und einem Festakt unter Beflaggung aller öffentlichen Gebäude,
2. die Geschehnisse in den Lehrplänen umfassend zu verankern,
3. sich auf Bundesratsebene dafür einzusetzen, bei den beiden mit Bundesmitteln geförderten zeitgeschichtlichen Instituten, dem Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) und dem Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), im Rahmen der für die Institute bestehenden Finanzierung eine Bestandsaufnahme in Auftrag zu geben, die den aktuellen Forschungsstand und bestehenden Forschungsbedarf zur Geschichte der staatlichen Behörden und Institutionen in der DDR ermittelt,
4. sich auf Bundesratsebene für eine gesetzliche Regelung einzusetzen, dass Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene sowie alle Mitglieder kommunaler Vertretungen und ehrenamtlicher Bürgermeister seit 1949 auf Stasi-Mitarbeit überprüft werden,
5. der Bürgerschaft zum 31. Mai 2023 zu berichten.